

# Es gewinnt der Verfassungsschutz Ich-Schwäche, Zufälle und die neue Extremismusklausel: Ein Strategie- papier der Bundesregierung

Von Markus Mohr

Wenn es nach der NSU-Mordserie institutionelle Gewinner gibt, dann sind es die Verfassungsschutzbehörden. Das ergibt sich aus der Lektüre eines Strategiepapiers zur »Extremismusprävention und Demokratieförderung«, das Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Familienministerin Manuela Schwesig vor einer Woche in Berlin vorstellten. Zunächst erinnert das Papier der Bundesregierung an den Werbeclip einer bayrischen Brauerei: »Deutschland ist ein weltoffenes Land, das einer vielfältigen Gesellschaft Raum und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Diese Vielfalt ist eine Quelle des sozialen Zusammenhalts und des kulturellen Reichtums.« Doch die Bedrohungen folgen auf dem Fuße.

Die Bundesregierung ist nämlich davon überzeugt, dass »zunehmender Extremismus (...) sich u. a. in der steigenden Zahl politischer Gewalttaten« zeigt. An dieser Stelle findet sich die einzige Fußnote des Berichts: »Zu definitorischen Aspekten wird auf den Verfassungsschutzbericht 2015 verwiesen.« Damit ist die Katze im Grunde schon aus dem Sack. In einem größeren Schaubild wird der Verfassungsschutz später als »strategischer Partner in der Präventionsarbeit« aufgeführt, neben Sportvereinen, Opferberatungsstellen, Justizvollzugsanstalten, Bundeswehr und anderem mehr.

Ministerin Schwesig hatte sich einst von der Linksextremismusbekämpfung ihrer Vorgängerin Kristina Schröder verbal abgesetzt – »Linksextremismus ist ein aufgebauschtes Phänomen« – und war dabei auf den Begriff der »linken Militanz« ausgewichen. Dem gemeinsam mit dem Innenministerium vorgelegten Papier zufolge fördert die Bundesregierung nun »die Präventionsarbeit gegen Linksextremismus und damit verbunden die »linke Militanz«. Die Notwendigkeit einer entschlossenen präventiven, insbesondere auch der repressiven Bekämpfung zeigt sich laut Verfassungsschutzbericht des Bundes anhand der im Jahr 2015 sehr stark um 62 Prozent angestiegenen Anzahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten (1.608 im Jahr 2015).«

Wenig verwunderlich, dass sich Schwesig und de Maizière laut einem Bericht der *Frankfurter Rundschau* darin einig zeigten, »dass die Extremismen starke Gemeinsamkeiten aufwiesen«. Glaubte man hier den Worten des Innenministers, lägen »bei den Verführbaren häufig eine Ich-Schwäche und ein Mangel an Erfolgserlebnissen vor«. Allen Ernstes hänge es dann »oft nur noch von Zufällen ab, ob sie sich rechtsextremistischen, linksextremistischen oder islamistischen Strömungen anschließen«.

Ichschwäche und Zufälle hin oder her: Der Verfassungsschutz gewinnt immer, und so wird jede Extremismusprävention weiterhin gegen links gerichtet sein. Allerdings sollen die für sie eingesetzten Geldressourcen nach dem Willen der Ministerien nunmehr enorm anwachsen, und so steht nicht zu erwarten, dass sich zivilgesellschaftliche Träger an der prominenten Präsenz des Verfassungsschutzes auf diesem Spielfeld stören werden.

Lässt sich von einem späten Sieg der renitenten Antikommunistin Kristina Schröder über ihre Nachfolgerin sprechen? Die Antwort lautet: nein und ja. Die sogenannte Extremismusklausel, die zivilgesellschaftliche Initiativen zeitweise zum Nachweis ihrer Verfassungstreue unterschreiben mussten, um Geld vom Bund zu bekommen, bleibt abgeschafft. De Maizière aber versicherte auf der Pressekonferenz, dass jedem Förderbescheid eine intensive sicherheitspolitische Prüfung vorausgehe. »Insofern ist diese neue Extremismusklausel sogar noch schärfer als die alte«, frohlockte er.

Laut Schwesig ist es von »entscheidender Bedeutung, dass im Kampf gegen Extremismus aller Couleur auch die Zivilgesellschaft noch stärker eingebunden« werde. Eben dies wird unter Führung der aus den NSU-Enthüllungen gestärkt hervorgegangenen Sicherheitsbehörden geschehen. In den 90er Jahren prognostizierte der westdeutsche Großmeister der Politikwissenschaften, Johannes Agnoli, eine »harte autoritäre Form« der westlich kapitalistisch verfassten Gesellschaften. Das Strategiepapier der Bundesregierung zeigt, dass man hier gut vorangekommen ist.



Kein Mangel an Erfolgserlebnissen: Minister de Maiziere und Schwesig Foto: Klaus-Dietmar Gabbert/dpa-Bildfunk